Ausgabe 3. Quartal 2023

Liebe Freunde,
in Berlin ist immer was los. Das haben bei meinen Bundespressefahrten Bürger aus unserem Wahlkreis selbst erleben dürfen. Termine mit Parteichef Tino Chrupalla (siehe Foto!) und Nachwuchshoffnung Sebastian Münzenmaier, Besuch von spannenden Museen und Einblicke in andere Zeiten, aber auch Unterhaltungen, Geselligkeit und das Kennenlernen von ähnlich gesinnten Menschen: So eine Berlin-Reise kann Spaß machen! Und Sie persönlich können bei einem der nächsten Male dabei sein. Der Hintergrund ist der:

Alle Bundestagsabgeordneten haben die Möglichkeit, Bürger aus ihrem Wahlkreis zu einer politischen Informationsfahrt an die Spree einzuladen. Das werde ich im laufenden Jahr noch einmal tun. Bitte halten Sie die Augen offen: Ich werde rechtzeitig auf meinen Kanälen in den sog. „Sozialen Medien" informieren! Die Fahrtkosten sowie die Kosten für die Unterkunft und Verpflegung werden übrigens vom Bundespresseamt übernommen. Bei Fragen können Sie auch gerne in einem meiner Wahlkreisbüros vorbeischauen. Aber, und dieses „Aber" haben Sie vielleicht geahnt, Berlin macht nicht immer „Spaß". Berlin kann auch harte Arbeit sein. Das ist es meistens. Ein Beispiel: Bei meinen Reden im Reichstag zu sozialen Themen gibt es allerlei Zwischenrufe. Sie kommen insbesondere von Dunkelrot, Rot und Grün. Keine Sorge, ich habe ein dickes Fell. Und doch frage ich mich nach solchen Reden immer wieder: Begreifen denn die Altparteien nicht, wohin sie unser Land führen? Können oder

wollen sie nicht verstehen, dass unsere Alternative für Deutschland deshalb so stark ist, weil ihre Politik den Menschen die Luft zum Atmen nimmt? Wärmepumpe, Inflation, Altersarmut, Eskalation mit Russland, Medikamentenknappheit, Gewalt in den Großstädten, Überfremdung ... das sind alles keine Probleme, die vom Himmel gefallen sind. Diese Probleme wurden von Schwarz-Rot („GroKo") verursacht und werden heute von der linksliberalen „Ampel"-Koalition aus SPD, Grünen und FDP verschärft! Auch wenn ich bereits seit 2019 dem Bundestag angehöre: Ich werde nicht müde, als Volksanwalt für Euch und Sie in die Bresche zu springen. Das Volk hat keine Lobby? Falsch. Das Volk hat die AfD. Und immer mehr Menschen begreifen es. Wir bleiben auf Kurs. Helfen Sie uns dabei.

Herzliche Grüße aus der Hauptstadt in den Wahlkreis,
Jürgen Pohl, MdB

GRUSS AUS DER MAGDEBURGER AFD-STADTRATSFRAKTION

Liebe Leser,
als ehemaliger AfD-Bundestagsabgeordneter (2017-2021) und aktiver Kommunalpolitiker in meiner Heimatstadt Magdeburg beobachte ich weiterhin intensiv, was im politischen Berlin passiert. Mein Freund und Kollege Jürgen Pohl, Ihr Bundestagsabgeordneter, legt in den Bereichen Rente, Pflege und Arbeitsbedingungen den Finger in jene Wunden, die durch die Merkel-Ära und die fehlgeleitete „Ampel"-Politik entstanden sind. So muss das sein! Was nicht sein darf ist hingegen das, was sich seit 2015 in unseren Kommunen abspielt. Sie werden erdrückt vom unbegrenzten Migrationsansturm. Das Stadtbild Magdeburgs als Landeshauptstadt verändert sich spür- und sichtbar. Es entstehen die ersten Problemviertel, in welchen sich der Migrantenanteil in rasender Geschwindigkeit mit allen bekannten Problemen zum beherrschenden Einwohneranteil ausprägt. Wir haben inzwischen Grundschulen mit einem Migrantenanteil von ca. 75%. Damit wird erfolgreicher, ja auch nur konfliktfreier Schulbesuch für deutsche Kinder unmöglich. In Magdeburg sind die kommunalen Strukturen sowohl personell als auch finanziell nicht mehr in der Lage, ausreichend für Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Allerdings fehlt auch der politische Wille des links-grün dominierten Stadtrates, die Politik der ungebremsten Zuwanderung zu beenden. Dass Kommunalverbände daher beim Bund um mehr finanzielle und organisatorische Hilfe bitten, ist verständlich. „Wir brauchen eine Zeitenwende in der Migrationspolitik", sagte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg. Damit hat er Recht. Wir brauchen eine echte „Zeitenwende in der Migrationspolitik". Sichere Grenzen, konsequente Rückführung Illegaler, zentrale Unterbringung an den deutschen Grenzen bis zur Klärung des Asylverfahrens, Sachleistungen statt Geldleistungen sind die Forderungen der AfD. Das entlastet die Kommunen – ob Magdeburg oder Nordhausen – wirklich. Magdeburg hat aktuell bei ca. 240.000 Einwohner ca. 31.000 nichtdeutsche Ausländer. 17.000 der Migranten haben einen ungeklärten Aufenthaltsstatus. Davon sind fast 5.000 Ukrainer. Mit einem „Weiter so" verlieren wir den Sozialstaat und den sozialen Frieden in unserer Heimat endgültig. Lassen Sie uns dem durch unsere politische Arbeit in den Parlamenten – ob kommunal, im Land oder im Bund – gemeinsam einen Riegel vorschieben.

Herzlichst
Ihr Frank Pasemann

ZAHL DES QUARTALS: 20

Ja, Sie lesen richtig: Es ist soweit! Die AfD steht (Stand: Ende Juni) bundesweit bei 20 Prozent, im Osten sogar bei 32 Prozent. Da regen sich „Edelfedern" der Journaille auf und erste Schreihälse in den Altparteien planen Verbote. Wir lassen uns davon nicht irre machen. Wir sind die Partei des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands: Wir zeigen weiterhin klare Kante und bleiben auf Erfolgskurs.

AFD: TARIFBINDUNG UND WOHLSTANDSLÖHNE!

Am 25. Mai machte ich es im Bundestag deutlich: Wir als AfD-Fraktion sind das soziale Gewissen des Hohen Hauses! Da meine Rede über Tarifbindung und linke Denkfehler hohe Wellen schlug, finden Sie hier ausführliche Auszüge:

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kollegen, werte Arbeitnehmer im Land,

Immer weniger Arbeitnehmer fallen unter den Geltungsbereich eines Tarifvertrages. Im Osten sind es nur 45 Prozent der abhängig Beschäftigten! Für Millionen Bürger bedeutet dies Unsicherheit:

weniger Planbarkeit des Lebensvollzugs, weniger Perspektiven.

Die AfD als Partei der hart arbeitenden Menschen und als Kraft des sozialen Friedens setzt sich daher für eine umfassende Verbesserung der Tarifsituation ein. Das Schaffen von guten Arbeitsbedingungen im Allgemeinen und von Wohlstandslöhnen im Besonderen – das ist Teil unserer Partei-DNA!
Wir plädieren seit der langem u.a. für die Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen. Aber, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, das wissen Sie ja. Ich hielt die Rede bereits im April 2021. Doch sie ignorieren unsere Ansätze!
Damit ignorieren Sie aber nicht nur die letzte tatsächliche Opposition in diesem Land. Sondern Sie – werte Kollegen aller Fraktionen! – Sie ignorieren damit auch die Interessen vieler Millionen Arbeitnehmer.
Gehen wir es durch.
Dass die FDP nichts für die Arbeitnehmer macht: geschenkt. Bei einer liberalen Mövenpick-Partei muss das so sein.
Über die grünen Wärmepumpen-Fantasten ist derzeit jedes Wort eines zu viel!
Die SPD? Die regiert in der Ampel also mit zwei ausgewiesenen Ignoranten sozialer Fragen.
Da bleiben noch Sie, Genossen von der Linken.
Bei Ihnen ist die fehlende tiefschürfende Beschäftigung mit Arbeitnehmerinteressen einer inneren Logik geschuldet.
Ihre Noch-Parteifreundin Genossin Sahra Wagenknecht nennt das die Logik einer „Lifestyle-Linken"! Da geht's um Gendergedöns, AfD-Verbot und krude Identitätspolitik.
Sie machen folglich Politik zugunsten der ideologischen Blase und zulasten der Bürger! Das kann kein Aktionsplan dieser Welt verschleiern.
Immer dann, wenn der Arbeitnehmer tatsächlich konkrete Hilfe braucht, tauchen Sie unter!
Wo waren Sie denn in der Corona-Zeit?
Sie haben geschwiegen zu den arbeiternehmerfeindlichen Maßnahmen der GroKo und dann der Ampel.
Wo sind Sie in Bezug auf die Klimapolitik der Regierung? Sie schweigen zur grünen De-Industrialisierung und zum Ausbluten des Mittelstandes.

Von Ihnen hat der deutsche Arbeitnehmer nichts zu erhoffen! Sie sind von Gestern.
Das Morgen werden andere Akteure prägen:
Einerseits wird die Zukunft der Arbeitnehmervertretung künftig gewerkschaftlich durch alternative Vereinigungen wie ALARM und ZENTRUM verkörpert.
Andererseits wird die Zukunft der Arbeitnehmervertretung in Deutschland politisch durch die Alternative für Deutschland gestaltet. Wir stehen bei 17 % in aktuellen Umfragen – und das ist erst der Anfang!
Das gemeinsame Anliegen alternativer Gewerkschaften und der Alternative für Deutschland ist klar:
Die Verteidigung von Arbeitnehmerinteressen und die Erlangung von Wohlstandslöhnen sind das Kerngeschäft einer authentisch sozialen Politik!
Da die Linke, SPD und Alt-Gewerkschaften, die vereinigte Linke also, sich lieber um Klimastreiks, Kampf gegen rechts und Frauenkampftage kümmert, besitzen wir als AfD das Monopol auf dieses Kerngeschäft der Arbeitnehmervertretung.
Auch deshalb ist der Solidarische Patriotismus, unser Solidarischer Patriotismus das Konzept der Zukunft.

Zu meiner Person

- geboren 1964 in Magdeburg
- 1970 bis 1980 Schulzeit
- 1980 bis 1983 Berufsausbildung zum Elektriker mit Abitur
- 1983 bis 1984 Wehrdienst bei der NVA
- 1985 bis 1989 Studium der Rechtswissenschaften in Halle
- 1986 Heirat mit Carola
- 1991 Geburt meiner Tochter Johanna
- 1992 Eröffnung der Kanzlei und Selbständigkeit als Rechtsanwalt
- 2013 Eintritt in die AfD
- seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages

Faktenbox

- Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales
- stellv. Sprecher Arbeitskreis Arbeit & Soziales der Fraktion
- Vertreter im Kuratorium „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR"
- Sozial-Experte und ostpolitische Stimme der AfD-Fraktion

AFD UND DIE MEDIEN

Die AfD findet medial nicht statt. Einladungen in die Talkshows bleiben aus, von Interviewanfragen hört man selten, Initiativen und Anträge aus den Parlamenten werden totgeschwiegen. Dem Bürger wird der Eindruck vermittelt, die AfD existiere zwar, aber sie leiste nicht viel. Und wenn man doch über unsere Partei berichtet, werden „Skandale" gesucht, wo keine sind. Es wird diffamiert statt berichtet. Oftmals wird sogar bewusst Propaganda gegen die Alternative betrieben, um ihr Ansehen zu schädigen. Dennoch wachsen wir in den Umfragen. Der AfD-Pfeil zeigt nach oben. Das liegt nicht nur, aber auch an unseren eigenen Medienpräsenzen. Wir versuchen, so gut es geht gegen die Schweigespirale anzukämpfen. Ich bitte Sie daher: Informieren Sie sich regelmäßig über meine und unsere Arbeit in Berlin, im Wahlkreis, in Thüringen. Über Facebook, Telegram, TikTok, Instagram und Twitter informiere ich kontinuierlich über Wissenswerte aus den Parlamenten und aus der Heimat. Und bei YouTube können Sie zusätzlich meine regelmäßigen Videoformate ansehen: Vor allem „Pohl berichtet" aus Berlin liegt mir am Herzen. Selbstverständlich werden dort auch alle meine Bundestagsreden veröffentlicht. Mein Tipp des Sommers: Schauen Sie doch mal meine Rede zur Tarifbindung vom 25. Mai an (Textauszüge siehe Seite 3): Die Linken schäumten und wurden frech, weil die sachlichen Argumente gegen meine Fakten fehlten ... Aber auch darüber mussten wir selbst berichten. Die Presse schwieg.

Wir gratulieren Jörg Prophet zur Aufstellung als OB-Kandidat in Nordhausen! Ein bewährter und verlässlicher Mann wurde damit gefunden.

Jürgen Pohl & Mitarbeiter

TERMINE SOMMER 2023: INFOMOBIL

Dienstag, 11. Juli 2023	Waltershausen
Mittwoch, 12. Juli 2023	Leinefelde
Dienstag, 18. Juli 2023	Arnstadt
Mittwoch, 19. Juli 2023	Ohrdruf
Donnerstag, 20. Juli 2023	Bad Frankenhausen & Gotha am Nachmittag
Mittwoch, 26. Juli 2023	Eisenach
Donnerstag, 27. Juli 2023	Nordhausen

Alle Termine und Aktualisierungen findet Ihr auf meiner Facebookseite fb.me/juergen.pohl.afd oder Homepage www.pohlposition-afd.de

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77520
Fax: +49 30 227-70521
juergen.pohl@bundestag.de

Wahlkreisbüro Mühlhausen
Kurze Jakobistraße 3
99974 Mühlhausen
Telefon: +49 03601-764 34 94
Fax: +49 03601-764 34 95
juergen.pohl.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Nordhausen
Hesseröder Straße 11
99734 Nordhausen
Telefon: +49 03631-41 89 741
Fax: +49 03631-41 89 742
juergen.pohl.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Sondershausen
Hauptstraße 41
99706 Sondershausen
Telefon: +49 03632-825 9560
Fax: +49 03632-825 9561
juergen.pohl.wk@bundestag.de

facebook.com/juergen.pohl.afd

www.pohlposition-afd.de

@Pohl_MdB

@juergenpohl

/juergenh.pohl

/t.me/juergenpohlafd

V.i.s.d.P.: MdB Jürgen Pohl, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, eMail: juergen.pohl@bundestag.de